

Dillinger Firma Pyrum will an die Pariser Börse gehen

Mit ihrem Verfahren, aus dem Gummi von Altreifen Öl, Gas und Koks zu produzieren, geht die Dillinger Firma Pyrum an die Börse Euronext.

VON LOTHAR WARSCHIED

DILLINGEN Eine saarländische Firma wagt demnächst den Börsengang. Es handelt sich um das Dillinger Unternehmen Pyrum Innovations, das am Handelsplatz Paris der westeuropäischen Börse Euronext ab Frühjahr 2018 gelistet werden will. Pyrum-Vorstandschef Pascal Klein erwartet, dass dieser Börsengang rund 40 Millionen Euro in die Firmenkasse spülen wird.

Das Geld wird unter anderem benötigt, „um das weitere Wachstum von Pyrum zu finanzieren“, sagt Klein. Denn das Unternehmen betreibt ein sehr kapitalintensives Geschäft und die ersten Kundengelder werden vermutlich erst im kommenden Jahr fließen – dann aber in der Größenordnung von zweistelligen Millionen-Beträgen. Klein und sein Vorstandskollege Julien Dossmann, die derzeit zusammen noch etwas mehr als 50 Pro-

zent an der Pyrum halten, haben gemeinsam mit Partnern, Tüftlern und ihren Familien eine Methode entwickelt, mit der aus alten Reifen Öl, Gas und Koks gewonnen werden können. Erfinder dieses Thermolyse-Verfahrens ist der Ingenieur Hans-Peter Schulz, an dessen Idee die beiden Unternehmer glaubten, die beide selbst erst Anfang 30 sind.

Vor zehn Jahren wurde Pyrum gegründet, die erste Pilotanlage war 2009 fertig. Doch vom Piloten bis zu einer ausgereiften großtechnischen Anlage, die in Dillingen inzwischen seit gut einem Jahr reibungslos läuft, vergingen weitere sieben Jahre. Auf Erfolge folgten Rückschläge, nach denen Klein und Dossmann wieder einen neuen Versuch starteten. Das Geld mussten sie sich immer wieder zusammensuchen. Dabei half, dass sich die EU im Jahr 2011 mit 985 000 Euro beteiligte. Danach erklärten sich etliche Privatinvestoren – sogenannte Business Angels – bereit, eigenes Geld in das Unternehmen zu stecken und Anteile zu erwerben. Inzwischen sind das rund 40 Leute, die zusammen etwa 40 Prozent halten. Vor einem Jahr stieß die IBC, die industrielle Beteiligungsgesellschaft Köln, zum Investorenkreis, die jetzt mit zehn Prozent dabei ist. Auch das Saar-

land und die frühere Region Elsass haben das Vorhaben mit Fördergeldern unterstützt. Denn die Firma Pyrum wurde ursprünglich in Straßburg gegründet.

Das Geld wird dringend gebraucht. Allein die Anlage, die jetzt in Dillingen steht, wird am Ende insgesamt 14 Millionen Euro kosten. 5000 Tonnen Granulat aus Reifen-Gummi oder Kunststoff kann dieser Reaktor pro Jahr in Öl, Gas und Koks zerlegen. Unter Ausschluss von Sauerstoff werden der Reifen-gummi und die Kunststoffe in einer

„Altreifen sind im wahrsten Sinne des Wortes Altlasten.“

Julien Dossmann
Vorstand Pyrum Innovations

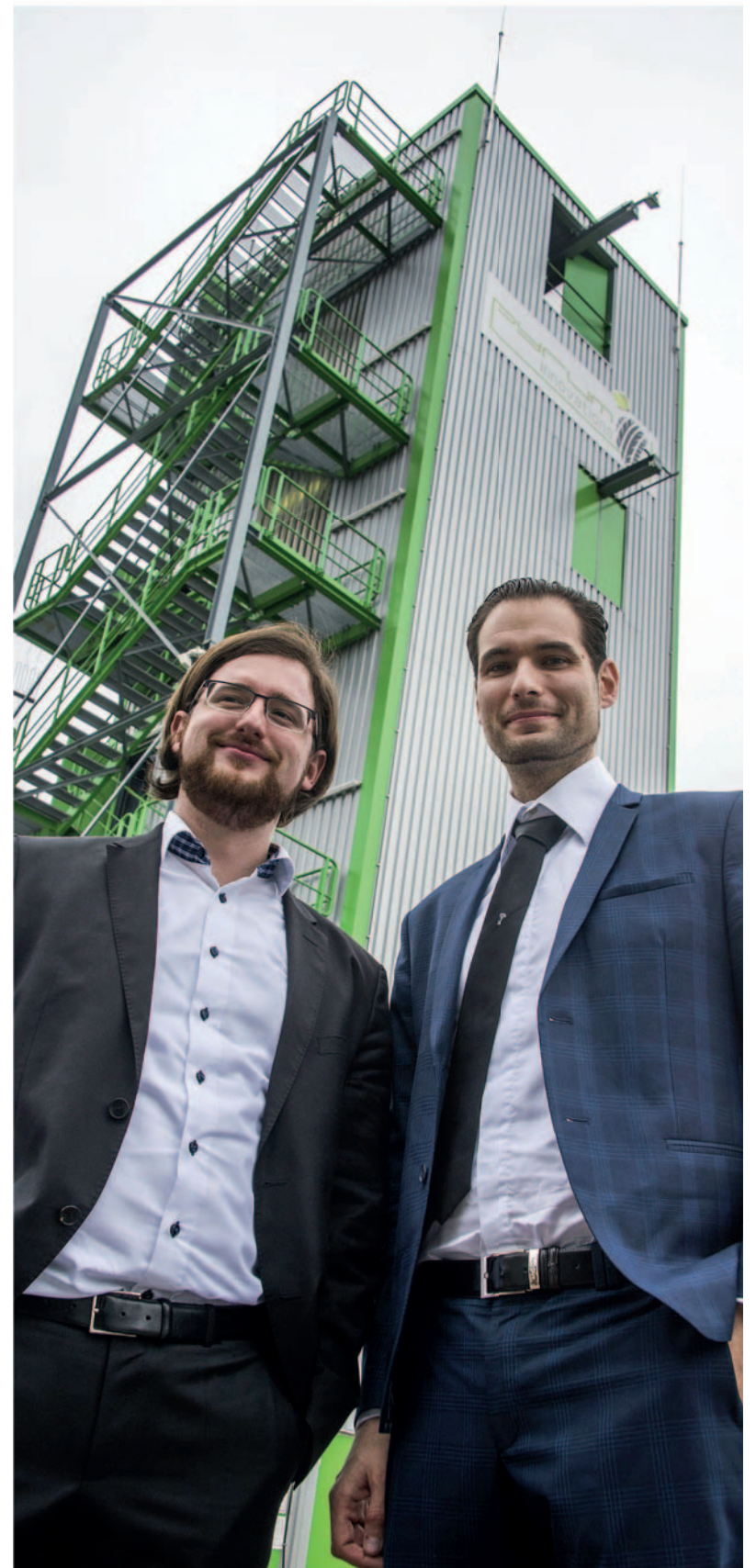
Kammer auf rund 700 Grad erhitzt. Sie köcheln dann vor sich hin, bis sie in ihre Bestandteile zerlegt sind. Ein großer Teil davon (62 Prozent) wird zu Dampf. In fester Form bleibt Kohlenstoff – also Koks – übrig, der mit Metalloxiden (Zink und Eisen) angereichert ist. Dieser bildet rund 38 Prozent der Gesamtmasse. Er kann unter anderem für die Herstellung von Kohlefaser-Verbundstoffen oder als Aktivkohle verwendet werden, die in der Chemie, Medizin, Wasser- und Abwasserbehandlung eingesetzt wird. Der meiste Dampf kondensiert in der Abkühlphase zu Öl, das an Raffinerien geliefert wird. Der Teil des Dampfes, der sich nicht mehr verflüssigt, bleibt als energie-reiches Gas zurück. Mit ihm werden Strom und Wärme in einem Blockheizkraftwerk erzeugt, das neben dem Recycling-Turm steht. „Damit haben wir auch unsere eigene Energieversorgung“, sagt Klein.

Das Geschäftsmodell von Pyrum sieht jetzt so aus, dass das Unternehmen weitere Anlagen dieser Art nicht selbst betreiben will, sondern diese an Investoren weltweit verkauft, sie vor Ort aufbaut und sich

auf Wunsch auch noch an den Reaktoren vor Ort beteiligt. „Wir wollen nicht nur projektieren, bauen und dann verschwinden, sondern den möglichst reibungslosen Betrieb sicherstellen“, betont Klein. Derzeit stehen seinen Angaben zufolge fünf Projekte fest. Eines davon in der Pfalz, ein weiteres im Südwesten Frankreich und ein drittes in Indonesien. Mehr will er mit Rücksicht auf die Kunden noch nicht verraten, aber auf der Internet-Seite werden der Kongo, Süd-Afrika, China, Spanien, Süd-Amerika und „viele andere Orte der Welt“ als mögliche Standorte genannt. Jede schlüsselfertige Anlage kostet die Kunden rund 20 Millionen Euro, so dass Pyrum für 2018 – das Jahr des Börsengangs – vorsichtig mit einem Umsatz von 80 Millionen Euro rechnet.

Das Marktsegment scheint unerschöpflich zu sein. Denn Altreifen „sind im wahrsten Sinne des Wortes Altlasten“, sagt Pyrum-Vorstand Dossmann. So fallen allein in der EU 3,4 Millionen Tonnen pro Jahr an Altreifen an, weltweit sind es jährlich 13,5 Millionen Tonnen. Die meisten von ihnen würden verbrannt. Hinzu kommen Kunststoffe, die in den Pyrum-Reaktoren ebenfalls in ihre Bestandteile Öl, Gas und Koks zerlegt werden können – „und das rückstandsfrei“, erinnert Klein. Allein in Europa fallen 25 Millionen Tonnen Kunststoff pro Jahr an. Außerdem seien die Preise so, dass das Öl und der Koks mit Gewinn verkauft werden könnten.

Mit den Einnahmen aus dem Börsengang soll aber auch in Dillingen investiert werden. Etwa zwei Millionen Euro sollen in eine Schredderanlage fließen, mit der Reifen zerkleinert werden können. „Die Anlieferung des Gummi-Granulats ist sehr teuer. Das Geld können wir uns dann sparen und noch für andere schreddern“, betont der Pyrum-Vorstandschef. So soll auch die Zahl der Beschäftigten weiter steigen. Derzeit sind es lediglich 15 Mitarbeiter.



Die beiden Pyrum-Vorstände Pascal Klein (31, links) und Julien Dossmann (32) vor ihrer Reaktor-Anlage in Dillingen. In dem 25 Meter hohen Turm werden Kunststoffe und das Gummi-Granulat von Altreifen in die Bestandteile Öl, Gas und Koks zerlegt. Dies geschieht unter Ausschluss von Sauerstoff bei Temperaturen um die 700 Grad.

FOTO: ROLF RUPPENTHAL

INFO

Die Mehrländerbörse Euronext

Die Börse Euronext ist eine Mehrländerbörse im wahrsten Sinne des Wortes. Sie hat Handelsplätze in Paris, Brüssel, Amsterdam und Lissabon. Ihren Sitz hat sie in Amsterdam. Sie entstand im Jahr 2000 aus der Fusion der Börsen von Amsterdam, Brüssel und Paris. 2002 kam die portugiesische Börse hinzu. Im Jahr 2006 kam es zu einer transatlantischen Fusion mit der Wallstreet-Börse New York Stock Ex-

change (NYSE) zur NYSE Euronext. Im verflixten siebten Jahr kam es zur Scheidung und die Börse Euronext ging 2014 selbst an die Börse. Der Ausgabekurs wurde seinerzeit auf 20 Euro festgelegt. Inzwischen notiert die Aktie bei knapp 53 Euro. Die Firma Pyrum Innovations soll im Segment „Euronext Growth“ für kleine und mittlere Firmen mit Wachstumspotenzial platziert werden. Das Segment ist nicht nach den EU-Direktiven reguliert, sichert den Investoren allerdings Transparenz zu.

EU kommt mit der Einlagensicherung nicht voran

BRÜSSEL (dr) Wolfgang Schäuble hat sich von der Brüsseler Finanzwelt verabschiedet. Seine Mahnungen und Warnungen sind geblieben. Das bekam gestern die EU-Kommission zu spüren, als sie die letzte ausstehende Säule für die Bankenunion errichten wollte: die gemeinsame europäische Einlagensicherung. „Die Voraussetzung ist, dass man nicht nur weitere Risiken vergemeinschaftet, sondern zunächst einmal die Risiken reduziert“, hatte der deutsche Finanzminister oft gewarnt – und einen Vorschlag der Brüsseler Behörde vom Tisch gewischt. Gestern war das Zitat wieder in aller Munde. Kommissionsvi-

ze Valdis Dombrowskis präsentierte einen neuen Versuch für den Aufbau eines 43 Milliarden Euro schweren Fonds, mit dem Europas Banken sich gegenseitig im Problemfall helfen sollen. „Die Kommission gießt alten Wein in neue Schläuche“, kommentierte der finanzpolitische Sprecher der Grünen-Europa-Fraktion, Sven Giegold. Sein CSU-Kollege Markus Ferber sah das ähnlich: „Auch die abgeschwächte Version eines vergemeinschafteten Einlagensicherungssystems geht immer noch zu weit“, erteilte er den Plänen eine Absage.

Im Falle einer Krise soll jeder Sparer seine Einlagen bis zur Höhe von

100 000 Euro zurückbekommen. Wenn der nationale Fonds überfordert ist, will die Kommission die Einlagensicherungssysteme anderer Mitgliedstaaten nutzen können. Neu ist, dass dieser Griff in die Notkassen der anderen als Darlehen vergeben würde und zurückgezahlt werden muss. Bisher sollte schon ab dem Start ein gegenseitiger Ausgleich stattfinden, was hierzulande zu der Angst geführt hatte, dass die gut gefüllten institutseigenen Notkassen von Sparkassen, Raiffeisen- und auch privaten Banken zugunsten von maroden Geldhäusern im Süden der Gemeinschaft geplündert worden wären. Diese Idee ist

zumindest in der ersten Phase vom Tisch. Allerdings soll diese Vergemeinschaftung eingeführt werden. Es soll aber keinen automatischen Start dieser gemeinschaftlichen Risikoversorge geben, sondern erst, wenn alle Banken in den Mitgliedstaaten ihre Risiken beseitigt haben. Die Finanzpolitiker des EU-Parlamentes wollen jedoch auch da nicht mitziehen. Denn die Kommission will den Zeitpunkt für den Übergang in die volle Vergemeinschaftung alleine bestimmen. Giegold: „Man macht den Bock zum Gärtner.“ Schließlich habe die Behörde im Fall italienischer Geldhäuser gezeigt, dass Haftungsregeln mit Fü-

ßen getreten wurden, als die Kommission der italienischen Regierung erlaubte, erneut in die Steuerkasse zu greifen, um einige Geldinstitute zu retten.

Ralf W. Barkey, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Genossenschaftsbankenverbandes: „Die von der Europäischen Zentralbank beauftragten Kreditinstitute in Europa haben notleidende Kredite von 865 Milliarden Euro in den Bilanzen.“ In Deutschland seien das nur drei Prozent, „in anderen Euro-Ländern beträgt dieser Anteil über zehn Prozent. Ein glaubwürdiger, nachhaltiger Risikoabbau ist in absehbarer Zeit kaum umsetzbar.“

EU plant Strategie für mehr Elektroautos

BRÜSSEL (dpa) Die EU plant den großen Schub für Elektroautos und die dafür nötigen Batterien. Bei einem „Batteriegipfel“ gestern in Brüssel vereinbarte EU-Kommissar Maros Sefcovic mit dem deutschen Wirtschafts-Staatssekretär Matthias Machnig und Vertretern anderer EU-Länder, bis Februar eine gemeinsame Strategie auszuarbeiten. Schon im November will Sefcovic ehrgeizige Pläne für saubere Fahrzeuge vorlegen. Dazu zählt nach Informationen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eine Quote für Elektroautos. Danach sollen 2030 mindestens 15 Prozent aller Neuwagen in Europa mit einem Elektromotor oder anderen emissionsfreien Antrieben ausgestattet sein.

Sefcovic verwies auf Marktchancen allein in der Ausstattung mit Batterien für so viele Elektroautos. Man gehe von einem Markt für 250 Milliarden Euro im Jahr 2025 aus und vier bis fünf Millionen möglichen Jobs. Die EU halte 2,2 Milliarden Euro für Forschung an Batterietechnik und E-Mobilität bereit. Staatssekretär Machnig (SPD) betonte, man brauche Vorgaben für den Kohlendioxid-Ausstoß und finanzielle Unterstützung für private Investitionen.

Produktion dieser Seite:

Thomas Sponticcia
Barbara Scherer, Lothar Warscheid

Wirtschaft

Telefon: (06 81) 5 02 22 34
Fax: (06 81) 5 02 22 39
E-Mail: wirtschaft@sz-sb.de

Team Wirtschaft:

Volker Meyer zu Tittingdorf (mzt),
Thomas Sponticcia (ts),
Lothar Warscheid (low),
Joachim Wollschläger (jwo)

Im Arcandor-Prozess zeichnet sich ein Vergleich ab

HAMM (dpa) Im Gerichtsstreit zwischen dem Insolvenzverwalter des 2009 pleitegegangenen Handelskonzerns Arcandor sowie ehemaligen Vorstandsmitgliedern und zwei Aufsichtsräten deutet sich eine Einigung an. Nach der Vernehmung von Ex-Vorstandschef Thomas Middelhoff als Zeugen signalisierten die Anwälte des Insolvenzverwalters und die Vertreter der Beklagten Interesse an einem Vergleichsvorschlag, um das Verfahren zu beenden. Den will der Vorsitzende Richter Rüdiger Hütte vorlegen. Der Insolvenzverwalter wirft Middelhoff und Teilen des Aufsichtsrats Boni- und Abfindungszahlungen vor, als das Unternehmen längst in Schieflage war. Das Landgericht Essen hatte 2013 Middelhoff zur Rückzahlung

von 3,4 Millionen Euro verurteilt. Umstritten ist, ob er private Termine mit dienstlichen verquickte. Unter anderem wegen der Abrechnung privater Flugkosten zulasten des Arc-



Der Ex-Arcandor-Manager Thomas Middelhoff musste im Gerichtssaal mehrfach aussagen. FOTO: BERND THISEN/DPA

candor-Konzerns wurde Middelhoff 2014 zu drei Jahren Haft verurteilt. Das Gericht in Hamm stellte gestern klar, dass es in dem Zivilverfahren um andere Bewertungskriterien ging.

IWF sieht Risiken in Bankengeflecht

Direktor für Geldpolitik rechnet mit Gefahren für das weitere weltweite Wachstum.

WASHINGTON (dpa) Zu hohe Schulden und noch immer zu viele faule Kredite: Ungeachtet einer besser gewordenen Stabilität auf den Finanzmärkten und eines zyklischen Aufschwungs der Weltwirtschaft hat der Internationale Währungsfonds (IWF) gestern vor großen Risiken im internationalen Bankengeflecht gewarnt. „Die Erholung schreitet eindeutig voran. Aber wenn man sich nicht um die Gefahren kümmert, drohen Risiken für das weltweite Wachstum“, sagte gestern der Direktor für Geldpolitik und Kapitalmärkte beim IWF, Tobias Adrian, in Washington. Er stellte den zweimal jährlich erscheinenden Bericht zur Finanzmarktstabilität des IWF vor.

Der Druck durch hohe Schuldenlast erfasse neben Banken in-

zwischen auch andere Wirtschaftszweige. In China, der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt, habe der Bankensektor eine Größe erreicht, die das Dreifache der Wirtschaftsleistung des Landes umfasst. In Indien treffe ein schwacher Bankensektor auf eine schwache Realwirtschaft. In Nordafrika gebe es in einigen Ländern Probleme mit hoher Schuldenlast, sagte Adrian, der die Kapitalmarktdivision des IWF seit Anfang des Jahres leitet.

Die lange Periode ultrabiligen Geldes hatte viele Unternehmen und Privatleute zur Aufnahme hoher Kredite zu Niedrigzinsen verleitet. Insgesamt sind in den entwickelten Ländern die Privathaushalte laut IWF mit im Schnitt 65 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verschul-

det. „Die lange geldpolitische Unterstützung für die großen Volkswirtschaften könnte zum Aufbau neuer finanzieller Exzesse führen“, warnt der Fonds in seinem Bericht.

„Zu viel Geld ist auf der Jagd nach zu wenigen ertragreichen Anlagen“, sagte Adrian. Nur fünf Prozent aller festverzinslichen Anlagen werfen einen Ertrag von über vier Prozent ab. Vor der Finanzkrise waren es noch 80 Prozent. Deshalb ließen sich viele Investoren in Regionen außerhalb ihrer eigentlichen Risiko-Grenzen drängen. Der Jubel über immer neue Rallyes an den Börsen erscheint so in einem anderen Licht. Weltweit könne ein Drittel der systemrelevanten Banken voraussichtlich bis 2019 noch keine nachhaltigen Gewinne erwirtschaften, sagte Adrian.